

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
AUSSCHUSSES FÜR
SCHULEN, KIRCHEN, VEREINE
UND INTEGRATION**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
10. SCHUL 2009-2014
Sitzungsdatum:
13.09.2011

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 13.09.2011

Unter dem Vorsitz von Corinna Weinhold versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Ausschuss für Schulen, Kirchen, Vereine und Integration

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Umgestaltung der KGS Übach zu einer Offenen Ganztagschule ab dem Schuljahr 2012/13
3. Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes; hier: Schulsozialarbeit
4. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

B) Nichtöffentliche Sitzung

5. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen
Frau Bärbel Bartel	SPD
Herr Walter Junker	CDU
Herr Gerhard Gudduschat	CDU
Herr Winand Ruland	CDU
Herr Hüseyin Salin	SPD
Frau Corinna Weinhold	UWG

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Herr Sven Bildhauer	SPD
Herr Bernhard Brade	CDU
Frau Martina Cervan-Quintana	CDU

Herr Carsten Müller SPD
Frau Christa Thar-Hennes UWG

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Nezar Duski CDU
Herr Hans-Jürgen Mallmann FDP

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Pfarrer Pater Konrad Boja kath. Kirche
Herr Ltd. Gesamtschuldirektor Manfred Ehmig
Herr Realschulrektor Hans Heinrichs
Herr Rektor Reinhard Howe
Herr Oberstudiendirektor Hans Münstermann
Herr Rektor Johannes Nellißen
Frau Schulleiterin Irmgard Pollex

Verwaltungsbedienstete

Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski

Gäste

Frau Silke Peters

Schriftführer

Frau Stadtinspektorin Jutta Gündling

Ortsbesichtigung zu TOP 1:

Ausschussvorsitzende Weinhold begrüßte zum Ortstermin alle anwesenden Ausschussmitglieder. Besonders begrüßte Sie die neue stellvertretende Schulleiterin des CMG, Frau Peters, und gab dieser die Möglichkeit sich dem Ausschuss kurz vorzustellen.

Danach führte die **Schulleiterin der KGS Übach, Frau Pollex**, den Ausschuss in die Räume, in denen der Betrieb der Offenen Ganztagschule ablaufen soll. Dort erwartete schon der **technische Angestellte Manfred Gutt** den Ausschuss. Anhand von Plänen erläuterte er die Raumaufteilung in Küche und Essensraum und erörterte die gesetzlichen Anforderungen sowie den Brandschutz. An der KGS Übach soll eine Mischküche entstehen, d.h. dass es einen Cateringservice geben wird und auch selber gekocht wird. Er sagte, dass mit der Instandsetzung des Töpferraumes Kosten in der Höhe von 120.000 Euro zu erwarten seien.

Stadtverordnete Appelrath fragte, wie viele Kinder in den Räumlichkeiten versorgt werden könnte, ob 35 oder mehr.

Technischer Angestellter Gutt antwortete, dass circa 30 Kinder versorgt werden könnten. Es gäbe keine qm² Vorgabe pro Kind aber man müsse bei der Anordnung der Esstische auf Fluchtwege achten.

Danach äußerte **Schulleiterin Pollex** ihre Vorstellungen bezüglich der Betreuung.

Seitens des Ausschusses kam die Frage auf, wie lange der Umbau zu einer OGS dauern würde, wenn die Genehmigung vorläge.

Technischer Angestellter Gutt antwortete, dass der Umbau ungefähr ein Jahr dauern würde, wenn alle Stellen zustimmen würden.

Stadtverordnete Appelrath erkundigte sich nach der Essensausgabe und wer diese übernehmen würde.

Schulleiterin Pollex antwortete, dass man einen Träger suche möglicherweise auch eine Kooperation, man müsse noch ein Konzept ermitteln.

Stadtverordneter Gudduschat fragte, wo die Helfer für die Essensausgabe denn dann angestellt seien.

Schulleiterin Pollex antwortete, dass sie dies noch nicht wüsste, es sei eine Kooperation mit der AWO oder auch mit promultis möglich.

Stadtverordneter Junker verwies auf die Erfahrungswerte der Grundschulen in Palenberg und Boscheln, die schon einen Offenen Ganztagsbetrieb haben.

Stadtverordneter Gudduschat fragte, ob Frau Pollex in der Wahl der Träger frei sei oder ob die Stadt Übach-Palenberg auch Einfluss hätte.

Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski erklärte, dass sich die Kosten für außerunterrichtliche Angebote in einem Kostenrahmen befinden müssten, der als Elternbeitrag angemessen wäre. Im Stadtgebiet liege dieser bei circa 50 Euro pro Kind pro Monat.

Rektor Howe erzählte, dass in Boscheln erst der Förderverein als Träger der OGS zuständig war, man jetzt aber bei der AWO sei. Er betonte, dass man die Eltern bei dem Kostenbeitrag nicht überfordern dürfe. Seine Erfahrungen mit dem Personal der AWO sei bis jetzt nur positiv.

Nachdem keine weiteren Fragen mehr offen waren beendete **Ausschussvorsitzende Weinhold** die Ortsbesichtigung.

Ausschussvorsitzende Weinhold eröffnete die 10. Sitzung in dieser Wahlperiode und begrüßte alle anwesenden Ausschussmitglieder, die Vertreter der Kirchen und Schulen, die Presse und seitens der Verwaltung den Ersten Stadtbeigeordneten, Herrn Piotrowski und die Schriftführerin, Frau Gündling. Sie stellte die fristgerechte Zustellung der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Es lagen keine Anträge zur Tagesordnung vor.

A) Öffentliche Sitzung

1 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kirchen, Vereine und Integration vom 04.05.2011 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

2 Umgestaltung der KGS Übach zu einer Offenen Ganztagschule ab dem Schuljahr 2012/13

Ausschussvorsitzende Weinhold eröffnete den 2. Tagesordnungspunkt. Sie erläuterte, dass Herr Gutt die Pläne für die OGS Übach bei der Ortsbesichtigung vorgestellt habe und dass die Ausschussmitglieder nun Fragen stellen können.

Frau Pollex fragte, ob die Kosten von 120.000 € nur für den Speiseraum seien.

Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski verwies auf die Rückseite der Sitzungsvorlage, auf der die Kosten genau aufgeführt seien. Die investiven Mittel würden sich auf 140.000 € belaufen wovon 120.000 € für die Umbauarbeiten seien und 20.000 € für die Einrichtungsgegenstände. Für nichtinvestive Einrichtungsgegenstände wären zusätzlich 15.000 € angesetzt womit man auf 155.000 € für die gesamte Maßnahme käme.

Stadtverordneter Gerhard Gudduschat fragte, ob die Maßnahme mit Kosten von 155.000 € von der Aufsichtsbehörde genehmigt werde.

Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski verwies auf den 2 Punkt der Beschlussempfehlung. "Vorbehaltlich der Zustimmung der Kommunalaufsicht des Kreises Heinsberg sind die zur Umgestaltung der KGS Übach zu einer offenen Ganztagschule erforderlichen Haushaltsmittel in den Haushalt 2012 einzustellen". Er erklärte, dass schon Gespräche mit dem Kreisju-

gendamt und der Kommunalaufsicht stattgefunden hätten, der Vorbehalt jedoch noch stehen würde. Der Antrag sei schon formal bei der Aufsichtsbehörde gestellt.

Stadtverordneter Gerhard Gudduschat fragte, welche Mitwirkungsrechte das Kreisjugendamt in der Angelegenheit hätte.

Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski antwortete, dass das Kreisjugendamt bei der Einrichtung einer OGS nicht mitspreche, lediglich bei einer Betreuungsaufnahme, die nicht im Rahmen von OGS stattfinde.

Stadtverordneter Gerhard Gudduschat erkundigte sich nach der Auswirkung auf die Namensführung. Er fragte, ob es bei der KGS Übach bleibt, oder ob es OGS Übach wird.

Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski erklärte, dass es weiterhin die KGS Übach bleiben würde und sie nur als OGS geführt werden würde. Er berichtete, dass die Schulleitung und die Verwaltung bei den Gesprächen zur Umgestaltung der KGS Übach und den Planungen der OGS einer Meinung waren. Zur Raumsituation merkte er an, dass die KGS Übach früher 3-zügig war und es vereinzelt auch 4 Klassen gegeben hätte, momentan aber durchgehend 2-zügig sei. Es sei damit genügend Platz und Raum für den offenen Ganztagsbetrieb vorhanden.

Stadtverordneter Gerhard Gudduschat fragte, was für Arbeitsplätze entstehen würden, Teilzeit-, Vollzeit- oder Arbeitsplätze auf 400 € Basis.

Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski antwortete, dass das jeder Träger anders gestalten würde.

Herr Howe erklärte, dass das die Aufgabe der OGS-Träger / Kooperationspartner sei. In Boscheln seien mehrere 400 € Kräfte angestellt aber manchmal auch 1 € Jobber.

Stadtverordneter Junker fragte, wer Personalträger sei.

Herr Howe antwortete, dass die AWO beispielsweise die Personalverwaltung übernimmt, er jedoch unterschreibe und treffe die Auswahl.

Stadtverordneter Junker fragte, ob die Verwaltung also outgesourced sei. Er fragte, wer dem Anstellungsträger die Kosten erstatten würde.

Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski erklärte, dass die Landesmittel über die Stadt an die Träger gezahlt werden würden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen gab **Ausschussvorsitzende Weinhold** den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung frei.

Beschlussempfehlung:

1. Vorbehaltlich der Zustimmung der Schulkonferenz wird die KGS Übach in eine Offene Ganztagschule umgewandelt.
2. Vorbehaltlich der Zustimmung der Kommunalaufsicht des Kreises Heinsberg sind die zur Umgestaltung der KGS Übach zu einer Offenen Ganztagschule erforderlichen Haushaltsmittel in den Haushalt 2012 einzustellen.
3. Die Durchführung der OGS erfolgt im Rahmen eines nach Erlasslage auskömmlichen Finanzierungskonzeptes, wobei die Stadt eine Garantieverpflichtung für evtl. Finanzierungslücken bis zur Höhe von 5.000 Euro jährlich übernimmt, da seitens der Schule auf den Einsatz der städt. Eigenmittel für die Ausgestaltung außerunterrichtlicher Angebote zu verzichten ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

3 Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes; hier: Schulsozialarbeit

Ausschussvorsitzende Weinhold übergab für den 3. Tagesordnungspunkt das Wort an den Ersten Stadtbeigeordneten.

Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski verwies auf die Sitzungsvorlage zum Tagesordnungspunkt 3. Für die Stadt Übach-Palenberg könnte man mit 1 bis 2 Stellen für die Schulsozialarbeit rechnen. Man habe sich um 2 Stellen beworben. Er sagte, dass die Geschwindigkeit mit der die Sache vorangetrieben werde sehr erfreulich sei, man habe bereits schon den Vertragsentwurf bekommen. Dieser sei der Sitzungsvorlage angefügt. Diesem seien die grundsätzlichen Regelungen, Voraussetzungen und die Finanzierung zu entnehmen. Der Kreis Heinsberg stelle der Kommune die erforderlichen Mittel zur Verfügung in Form von Pauschalen und den individuellen Personalkosten. Die Stadt Übach-Palenberg sei folglich bei der Finanzierung außen vor und es gäbe eine Gesamtdeckung der Kosten. Das Personalmehrungsverbot greife daher nicht. Die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabegesetzes werde auch in der städtischen Schulleiterkonferenz am 20.10.2011 thematisiert werden, danach werden noch weitere Gespräche folgen. Er stellte fest, dass die Resonanz bis jetzt durchweg positiv sei.

Stadtverordnete Bartel fragte, ob die Schulsozialarbeiter schon ab Januar 2012 ihre Arbeit aufnehmen würden.

Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski antwortete, dass dies gut möglich sei. Er sagte, dass man am Ball bleiben müsse um die 2 Stellen auch zu bekommen. Er erläuterte, dass es in Übach-Palenberg pro 1000 Einwohner die höchste Quote an ALG II Empfänger gäbe und das Integration ein wichtiges Thema sei.

Stadtverordneter Gerhard Gudduschat fragte, ob der Ausschuss ein Mitwirkungsrecht bei der Planung des Einsatzes der Schulsozialarbeiter hätte.

Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski antwortete, dass man den Personaleinsatz von den Schulleitungen beraten lassen wolle. Diese würden besser wissen wo Schulsozialarbeitern benötigt werden. Er wolle der Diskussion der Schulleiter nicht vorweggreifen.

Sachkundige Bürgerin Czervan-Quintana Schmidt fragte, ob 4 halbe Stellen geschaffen werden oder 2 dreiviertel Stellen und eine halbe Stelle um so mehr Schulen abzudecken.

Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski erklärte, dass bestmöglich alle Schulen abgedeckt werden. Dabei soll auf jeden Fall große Flexibilität bei der Stellenbesetzung gelten.

Stadtverordneter Junker stellte fest, dass man nun wisse, dass 2 Stellen in Frage kämen aber nicht wie der Beschäftigungsumfang aussehe.

Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski erklärte, dass die Schulen inhaltlich den Umfang mitgestalten werden, bzw. diese sich über das Bildungs- und Teilhabepaket definiere. Denn aus diesem Topf würden die Schulsozialarbeiter finanziert. Es handele sich um befristete Arbeitsverträge.

Ausschussvorsitzende Weinhold sagte, dass man an dieser Stelle die Diskussion beenden sollte und nach dem Zusammentreffen der Schulleiter das Thema erneut aufgreifen sollte.

Stadtverordneter Junker sagte, dass die BASS Richtlinie gäbe, die Grundlage für die Einstellung von Schulsozialpädagogen sei. Demnach würden diese in die Entgeltgruppe 10 eingruppiert. Im Vertragsentwurf stände bei den Voraussetzungen zur Finanzierungszusage die Einstellung bis in die Vergütungsgruppe S 12 TVöD. Er stellte fest, dass zwischen den beiden Entgeltgruppen Welten liegen würden.

Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski antwortete, dass man die Bewerbungen abwarten müsse. Im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes werde Schulsozialarbeit für bestimmte Zielgruppen gefordert und nicht die allgemeine Schulsozialarbeit.

Beschlussempfehlung:

1. Dem Abschluss des als Anlage beigefügten öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem Kreis Heinsberg und der Stadt Übach-

Palenberg zur Umsetzung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaktes wird zugestimmt.

2. Die Stellen sind einzurichten und die erforderlichen Haushaltsmittel bereitzustellen. Diese werden vollumfänglich gedeckt durch die Finanzierungszusage des Kreises.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

4 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski teilte dem Ausschuss mit, dass die Konrektorin der Comeniusschule, Frau Thiel, nun auch weg sei. Die ehemalige Schulleiterin Frau Müller-Mingenbach sei in den Sommerferien nach Sachsen-Anhalt gezogen, so dass die bisherige Schulleitung weg sei. Die Kommissarische Schulleitung habe Herr Marcel Drießen übernommen, der Leiter der Mercator-Schule in Gangelt sei. Herr Drießen werde die Comeniusschule bis zum Auslauf begleiten. Das Konzept die Primarstufe der Comeniusschule an der GGS Boscheln unterzubringen sei von der Bezirksregierung genehmigt worden.

Herr Howe erklärte, dass das Projekt gut angelaufen sei und die Integration der Schüler gut voran schreiten würde. Es sei jedoch problematisch mit einer Schule zu kooperieren, die ohne Leitung sei. Es würden noch einige Daten der Schüler fehlen, man wisse nicht an wen man sich wenden muss, wenn ein Sonderpädagoge krank werden würde. Er bat die Verwaltung um Hilfe.

Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski führte aus, dass Herr Drießen momentan nur 8 Stunden in der Woche abgeordnet sei. Der dienstälteste Pädagoge (Herr Larsson) werde Herrn Drießen bei der Leitung unterstützen.

Ausschussvorsitzende Weinhold lobte das Engagement und die Arbeit von Frau Müller-Mingenbach und bedauerte, dass Frau Müller-Mingenbach nicht begleitet.

Herr Howe fragte, was mit dem städtischen Eigentum sei, nach dem Brandanschlag an der GGS Boscheln wäre es praktisch wenn man auf das Inventar der Comeniusschule zurückgreifen könnte.

Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski antwortete, dass das Inventar der Comeniusschule geordnet werden müsse und danach den anderen Schulen zur Verfügung gestellt werde würde. Da es zurzeit aber auch einige Krankheitsfälle gäbe, würde sich die Inventur in die Länge ziehen.

Nachdem keine weiteren Fragen mehr vorlagen beendete **Ausschussvorsitzende Weinhold** um 17.40 Uhr die öffentliche Sitzung.

Weinhold
Ausschussvorsitzende

Gündling
Schriftführer